

## Pressemitteilung der Fraktionen von SPD und UWG im Rat der Stadt Uslar

### Gemeinsame Haushaltsklausur als Vorbereitung auf die Haushaltsberatungen in der DGA Schlarpe

Am vergangenen Freitag sind die Fraktionen von SPD und UWG zu einer gemeinsamen Haushaltsklausur zusammengekommen. Der Sitzungsort, das DGA Schlarpe, wurde bewusst ausgewählt. Wir zeigen damit, dass wir auch die Dörfer im Blick haben und ein offenes Ohr für deren Bedürfnisse haben.

Die Haushaltsklausur dient der Vorbereitung auf die in der nächsten Woche beginnenden Beratungen für den Haushalt 2024.

In der mehrstündigen Sitzung wurde der komplette Haushaltsentwurf konstruktiv durchgearbeitet. Die dabei entstandenen Fragen und Anmerkungen werden in den jeweiligen Fachausschusssitzungen an die Verwaltung gestellt bzw. geäußert.

Der Haushalt 2024 weist im Ergebnishaushalt einen geplanten Fehlbetrag von rd. 4,5 Mio. Euro aus.

Dennoch besteht Einigkeit darüber, die erst vor Kurzem abgesenkten Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern nicht zu erhöhen. Stattdessen werden an verschiedenen Stellen Einsparungen vorgenommen und Maßnahmen in die Folgejahre verschoben. Seitens der Verwaltung wurden Vergleichsberechnungen mit höheren Hebesätzen als Diskussionsgrundlage vorgelegt.

Trotz des hohen Fehlbetrages ist ein rechnerischer Haushaltsausgleich möglich, da einschließlich des Jahresergebnisses 2021 Rücklagen von rd. 19 Mio. Euro vorhanden sind.

Aufgrund des hohen Fehlbetrages werden wir mit eigenen Anträgen zurückhaltend sein, können diese aber nicht gänzlich ausschließen.

Der Investitionshaushalt, der die großen Baumaßnahmen und Anschaffungen abbildet, weist im Entwurf der Verwaltung einen Kreditbedarf von rd. 5,5 Mio. Euro aus. Durch die notwendige Neuveranschlagung von großen Maßnahmen (Sanierung Hallenbad 1,5 Mio. Euro, Neubau KiTa 2,0 Mio. Euro, Drehleiter 650.000 Euro) ist man in der Handlungsfähigkeit deutlich eingeschränkt. Dies wurde bereits in den Beratungen zum Nachtrags-Haushalt 2023 mehrfach kritisch angemerkt.

Viele Maßnahmen sind bereits im Entwurf in die Folgejahre verschoben worden, wobei das Jahr 2025 mit einem Kreditbedarf von 6,4 Mio. Euro übermäßig belastet wird

Wie bereits in der Stellungnahme von SPD, UWG und FDP zum Haushalt 2023 angekündigt, wird vom Bürgermeister erwartet, dass nur solche Ansätze eingestellt werden, bei denen die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung sehr groß ist. Den Bürgerinnen und Bürgern dürfen beispielsweise keine Hoffnungen auf Straßensanierungen gemacht werden, wenn von vornherein absehbar ist, dass die Fülle an Maßnahmen in einem Jahr nicht umzusetzen ist. Mit Blick auf das Investitionsprogramm 2025 scheint eine kritische Überarbeitung dringend geboten.

Der Haushaltsplan ist die wesentliche Grundlage für die Arbeit einer jeden Kommune, daher ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem vorgelegten Entwurf sehr wichtig.

gez. Sonja Gierke (SPD-Fraktion)

gez. Christiane Eichmann (UWG-Fraktion)